

II- 1574 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 14. Sep. 1972 No. 788/J A n f r a g e

der Abgeordneten HAHN, Dr. HUBINEK, Dr. BAUER
und Genossen
an den Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend Wiener Stadtautobahnnetz

Am 14.3.1972 bzw. am 30.5.1972 richteten die Abgeordneten Hahn, Dr. Hubinek, Dr. Bauer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik und die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz in schriftlichen Anfragen (313/J, 314/J, 470/J, 472/J, 473/J) die Forderung nach einer Änderung des Bundesstraßengesetzes. Insbesondere wurde die Änderung der Planung des Wiener Stadtautobahn- und Schnellstraßennetzes urgiert, wobei sich der Schwerpunkt der Kritik auf die Gürtelautobahn, die Donaukanalschnellstraße und die Wientalautobahn bezog.

Die Antworten der befragten Bundesminister waren durchwegs negativ. Der Bundesminister für Bauten und Technik erklärte laut Tiroler Tageszeitung vom 30.5.1972 vor dem 34. Straßentag in Seefeld sogar: "Vor nunmehr einem Jahr wurde das Bundesstraßengesetz beschlossen, das er, Moser, nicht abändern möchte."

Am 2. September 1972 traf nun der Bürgermeister von Wien Felix Slavik im Rahmen eines Internationalen Bürgermeistergesprächs die bemerkenswerte Feststellung: "Ich war immer ein Gegner von Stadtautobahnen; meine Freunde wissen das. Solche Autobahnen würden das Bild der Stadt zerstören, Wien in Segmente zerschneiden und dem Verkehr den Vorrang über die Menschen einräumen."

Abgesehen davon, daß die Freunde des Bürgermeisters in der Stadtverwaltung nicht eben zahlreich vertreten sein dürften, sehen doch übereinstimmend das "Verkehrskonzept für Wien" 1968 und die "Leitlinien zur Stadtentwicklung" ein derartiges Netz von Stadtautobahnen und Schnellstraßen vor, verdienen auch weitere Äußerungen des Bürgermeisters Beachtung: "Slavik betonte, wohl

weiterhin für die Schnellstraßen entlang des Gürtels sowie des Donaukanals und auch für den Autobahnzubringer im Wiental einzutreten, sich aber energisch gegen die Verbauung des Gürtels, des Donaukanals, und des Wientals durch Autobahnen einzusetzen. Die Auseinandersetzung mit den zuständigen Gemeindeinstitutionen stehe ihm allerdings noch bevor." (Kurier, 3.9.1972)

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik die

A n f r a g e :

- 1) Wurde über die Aufnahme der Bundesstraßen A1, A20, S2 in das Bundesstraßengesetz von seiten des Bundesministeriums mit dem Land Wien verhandelt?
- 2) Wie lautete die Stellungnahme Wiens zu den betreffenden Stadt-
autobahnen bzw. Schnellstraßen, die im Bundesstraßengesetz
vorgesehen sind?
- 3) Werden Sie der Anregung des Bürgermeisters von Wien folgend -
im Gegensatz zu Ihren bisherigen Äußerungen und parlamentarischen
Anfragebeantwortungen - dem Nationalrat eine Änderung des
Bundesstraßengesetzes hinsichtlich des geplanten Wiener Stadt-
autobahn- bzw. Schnellstraßennetzes vorschlagen?
- 4) Sind durch Schnellstraßen in städtischen Ballungszonen, die
von Wissenschaftlern und Politikern anerkannten negativen
Auswirkungen von Stadtautobahnen auf Grund der im Bundesstraßen-
gesetz normierten Unterschiede zwischen Autobahnen und Schnell-
straßen tatsächlich und wirksamer zu verhindern bzw. zu mildern?